

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST



Photo: © Peter Williams/WCC/Photo Okoumeme

OeRK-Generalsekretär Pfr. Kobia bei seinem Besuch in Indien, hier bei einem Gottesdienst im Ecumenical Christian Centre in Whitefield, Bangalore, beim Gesangbuchteilen mit der Bibliothekarin Marjorie David

Entwicklungszusammenarbeit: Neues Globales Aktionsbündnis der Kirchen

„Die Fähigkeit der oekumenischen Bewegung, auf die Herausforderungen der heutigen Zeit zu reagieren, hängt weitgehend von kreativeren und zukunftsorientierteren Formen der Zusammenarbeit und Vernetzung ab“, sagte OeRK-Generalsekretär, Pfr. Dr. Samuel Kobia, auf der ersten Versammlung von „ACT-Entwicklung“, einem neuen kirchlichen Aktionsbündnis in der Entwicklungszusammenarbeit.

Die Versammlung fand im Februar 2007 in Nairobi, Kenia, statt und schloss einen zweijährigen Konsultationsprozess mit den beteiligten Partnern ab. ACT-Entwicklung bringt Kirchen und kirchennahe Organisationen zusammen, die sich für Armutsbeseitigung einsetzen, gegen Ungerechtigkeit und Menschenrechtsverletzungen kämpfen und dabei eine langfristige Entwicklung im Auge haben. Das neue Aktionsbündnis wird somit zu einem der größten globalen Entwicklungsnetzwerke. Die Abkürzung ACT steht für „Action of Churches Together - Kirchen handeln gemeinsam“.

„Die neuen, von der wirtschaftlichen Globalisierung geprägten Realitäten“ sowie „ei-

ne sich deutlich abzeichnende konzeptuelle Verlagerung von Nothilfe auf Entwicklung“ haben die Schaffung einer gemeinsamen Plattform für die in der Entwicklungszusammenarbeit engagierten kirchlichen Dienste und Werke schon „seit langem überfällig“ gemacht, erklärte Pfr. Kobia. ACT-Entwicklung wird „eine wachsende und besser zielgerichtete Zusammenarbeit zwischen kirchlichen Diensten und Werken und dem OeRK, seinen Mitgliedskirchen und oekumenischen Partnern“ ermöglichen.

Das neue Aktionsbündnis bringt eine Reihe von Vorteilen, darunter ein schärferes „Profil in der globalen Arena“, was wiederum den Mitgliedern ein „erfolgreicheres Fundraising“ erlauben sollte, so Kobia. Deshalb werden die Bündnispartner unter einem gemeinsamen Namen - ACT-Entwicklung - arbeiten, der in Zukunft, so die Hoffnung, zu einem Synonym für hochqualifizierte Entwicklungsarbeit von globaler Reichweite werden wird.

Darüber hinaus müssen sie sich zu den Werten des Bündnisses bekennen und zu einem Kodex der guten Praxis, Transparenz und gegenseitiger Rechenschaft verpflichten. Das Aktionsbündnis wird jedoch kein Mechanismus für die Weiterleitung von Gebermitteln an Projektträger sein. Vielmehr werden die Bündnispartner auch in Zukunft

AUS DEM INHALT

OeRK zum Klimawandel

OeRK: Ja zur UN-Kommission für Friedenskonsolidierung

Weltsozialforum: Nobelpreisträger gegen Schuldenfalle

**Israel und Palästina:
OeRK startet neue Friedensinitiative**

Islam: Herausforderung für Ansicht, Religion sei Privatsache

Indien: Kobia vergleicht die indische Dalit-Frage mit der Apartheid

Namibia: Lutheraner bewegen sich auf Einheit zu

USA: Ex-Präsidenten für neue Baptistenkirche

Aus Netzen und Bewegungen
.....

**Bremen:
Armutsbekämpfung und G 8**

Württemberg: Vorschlag für alternative EU-Verfassung

Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen : Loccumer Impulse für EOeV3 in Sibiu

Kairos Europa: Einsatz für eine „Solidarische Ökonomie“

Pax Christi: Keine Vorbereitung eines Angriffskrieges gegen Iran

Wir sind Kirche: Keine Oekumene hinter verschlossenen Türen!

Plädoyer für eine ökumenische Zukunft: „Sehnsüchtig nach einem anderen Land“

selbst bestimmen, wen sie unterstützen und von wem sie Mittel erhalten wollen.

Der OeRK wird eine Lenkungsgruppe einberufen, die die Einrichtung des Bündnisses begleitet, um die Kohärenz der oekumenischen Bewegung zu gewährleisten. Ferner wird er in den ersten Jahren des Bestehens den Exekutivausschuss des Bündnisses einberufen und dessen Vorsitz führen und dem Bündnis einen institutionellen Rahmen sowie eine Plattform für Analyse und Reflexion bieten. Danach wird der OeRK einen ständigen Ex-officio-Sitz in dem Ausschuss innehaben.

Kobia räumte ein, dass eine Reihe von Bedenken weiter bestehen und „ernst“ genommen werden müssen, u. a. die spezifische Rolle des OeRK, potentielle Konkurrenz, das tatsächliche Engagement der kirchlichen Dienste und Werke in der Zusammenarbeit sowie das Risiko, dass sich eine sich verselbständigende NRO-Logik gegenüber dem oekumenischen Rechenschaftsbewusstsein durchsetzt. Der OeRK sei aber, so betonte er, fest entschlossen, „seine Position zu nutzen, um die Entstehung und Entfaltung eines spezialisierten Instruments zu unterstützen, das hoffentlich der ganzen oekumenischen Bewegung von Nutzen ist“.

OeRK zu Bericht über Klimaveränderungen: Abhilfemaßnahmen sind möglich

Das Programm des Oekumenischen Rates der Kirchen (OeRK) zu Klimawandel und Wasser begrüßte den Bericht, den die Zwischenstaatliche Sachverständigengruppe über Klimaveränderungen (IPCC) veröffentlicht hat. Dieser vierte umfassende Bericht, den die UN-Sachverständigengruppe in den letzten zwanzig Jahren ausgearbeitet hat, stellt den überwältigenden wissenschaftlichen Konsens zur Emission von Treibhausgasen dar.

Es sei „sehr wahrscheinlich“, so heißt es im Bericht, dass die Emissionen von fossilen Brennstoffen und anderen menschlichen Aktivitäten die Hauptursachen für den Klimawandel seien. In der Terminologie des IPCC bedeutet „sehr wahrscheinlich“, dass eine zumindest 90-prozentige Wahrscheinlichkeit besteht für die ursächliche Verbindung zwischen menschlichen Aktivitäten und Klimawandel. Der Bericht erinnert auch daran, dass es viele Jahrhunderte dauern wird, bis die bereits verursachten Schäden korrigiert werden können.

Für Pfr. Dr. Martin Robra, den OeRK-Programmreferenten für Fragen des Klimawandels, muss die globale Debatte über die ökologischen Folgen menschlicher Aktivitäten sich der Wirklichkeit stellen: sie darf nicht länger in ihrer Verweigerungshaltung verharren und notwendige Maßnahmen hinauszögern, sondern muss die menschliche Verantwortung anerkennen und Abhilfemaßnahmen beschließen, die sehr wohl in der Macht des Menschen liegen.

Die alarmierenden Szenarios zu den Konsequenzen des Klimawandels für Menschen, Pflanzen und Tiere müssen, so der OeRK, jede/n von uns bewegen, sein/ihr Möglichstes zu tun, um die Treibhausgasemissionen zu senken und diejenigen, die bereits heute unter Stürmen, Dürren, Überschwemmungen und steigenden Meeresspiegeln leiden, zu unterstützen.

Der OeRK selbst hat mit seiner Arbeit zum Klimawandel 1990 begonnen. Er lenkt die Aufmerksamkeit der Kirchen und der breiteren Öffentlichkeit auf die Gefahren, die der Klimawandel für das künftige Leben mit sich bringt, und auf die bereits heute sichtbaren Folgen, insbesondere für arme und verwundbare Gemeinschaften.

OeRK: „Wachsamkeit“ nötig angesichts der Gefahr nuklearer Weiterverbreitung

Der Exekutivausschuss des Oekumenischen Rates der Kirchen (OeRK) hat die Kirchen in einer Erklärung, die er auf seiner Tagung vom 27. Februar bis 2. März in Bossey in der Nähe von Genf angenommen hat, zur Wachsamkeit angesichts der Gefahr nuklearer Weiterverbreitung aufgerufen. Das Leitungsgremium des OeRK bekräftigte „den konsequenten Aufruf der Kirchen zur Abschaffung von Kernwaffen“, die heute „dringender als je zuvor“ sei, da Kontrollmechanismen wie der Nichtverbreitungsvertrag (NVV) durch jüngste globale politische und militärische Entwicklungen unter Druck gerieten. Als Beispiele für diese Entwicklungen nennt die Erklärung die nordkoreanischen Tests mit Kernwaffen und ballistischen Raketen, Irans „fehlende Bereitschaft, der internationalen Gemeinschaft glaubhaft zu versichern, dass seine zivilen Nuklearprogramme nicht als Tarnung für seine Absicht dienen, Kernwaffenfähigkeit aufzubauen“, Israels Weigerung, all seine nuklearen Einrichtungen der Inspektion durch die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) zu unterwerfen, die „unilaterale Initiative“ der Vereinigten Staaten, Indien als Kernwaffenstaat zu akzeptieren, und die „fortlaufenden nuklearen Modernisierungsprogramme der Atommächte“ – der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs, Frankreichs, Russlands und Chinas. Die Erklärung weist auch auf die Gefahren hin, die durch den „unbeabsichtigten oder unbefugten Einsatz von Kernwaffen“ infolge „unzureichend gesicherter Waffen oder Waffenmaterialien [entstehen], die in die Hände nichtstaatlicher Gruppen mit terroristischen Absichten [fallen]“. Das OeRK-Leitungsgremium ermutigte die Mitgliedskirchen des Rates daher, ihren Regierungen auch weiterhin „ihre ethischen und theologischen Überzeugungen im Blick auf Atomwaffen“ zu unterbreiten, um so dem Ziel einer „völligen Ablehnung nuklearer Waffen“ und „des Konzepts der [nuklearen] Abschreckung“ näher zu kommen. Nach Auf-

fassung des OeRK-Exekutivausschusses sollten die Kirchen „zusammen mit anderen Glaubensgemeinschaften Möglichkeiten sondieren, wie sie gemeinsam [auf diese Ziele] hinarbeiten können“. Besonders gelte das für den Nahen Osten, wo eine atomwaffenfreie Zone geschaffen werden sollte, so der Exekutivausschuss.

(vgl. auch vollen Text der Erklärung [auf Englisch] Protokollpunkt der 9. OeRK-Vollversammlung zur Abschaffung von Atomwaffen).

Kuba: Anglikanische Bischöfin ernannt

Eine von drei Frauen, die als anglikanische Geistliche in Kuba amtieren, ist zur Bischöfin ihrer Kirche und damit zur ersten Bischöfin der Anglikanischen Gemeinschaft in Lateinamerika ernannt worden. Die Bekanntgabe der Ernennung von Nerva Cot Aguilera, 69, einer früheren Lehrerin, als Suffraganbischöfin, wurde in Cardenas gemacht, einer Stadt östlich von Havanna. Dort ist auch der Sitz einer interkonfessionellen christlichen Hochschule.

Lateinamerika: Evangelisation und Social Gospel – zwei Seiten einer Medaille

„Zahlreiche Christen erkennen, dass das Übernehmen von Verantwortung für Menschen und Menschenrechte Teil des Evangeliums ist und zu dessen Entfaltung gehört.“ Dies sagte der Generalsekretär des Lateinamerikanischen Kirchenrates (CLAI), Pfarrer Israel Batista in seinem Bericht, den er am 21. Februar den 550 Teilnehmenden an der 5. Vollversammlung des CLAI vortrug. Das höchste Leistungsgremium dieses Kirchenverbunds tagte im Ward College am Rande der Hauptstadt Argentinien. Batista, ein Methodist aus Kuba, bezog sich auf eine Reihe von Themen, die als Hindernisse gelten auf dem Weg zu einer größeren Einheit der Kirchen. „Wir sollten erkennen, dass in den letzten Jahrzehnten viele Christen verstanden haben, dass das Angebot des Evangeliums und die Jesusnachfolge das Übernehmen von Verantwortung für den Nachbarn und die Entwicklung bestimmter Möglichkeiten der Menschen und ihrer Rechte mit einschließt“, so Batista. Der Lateinamerikanische Christenrat galt einst als Bastion der Befreiungstheologie. Doch blieb es vielen Delegierten nicht verborgen, dass er in den letzten Jahren näher an die sehr zahlreichen Pfingst- und evangelikalen Kirchen herangerückt ist, die die protestantischen und römisch-katholischen Kirchen beim Mitgliederwachstum übertroffen haben. Zum ersten Mal wurde die CLAI-Versammlung mit einem lebendigen Gottesdienst in einer Pfingstkirche in Buenos Aires eröffnet. Der Leiter dieser Kirche, Pastor Hector Osvaldo Petrecca, ist ein Mitglied des wichtigsten Leitungsgremiums des Weltkirchenrates.



Photo: © Peter Williams/AVCC/Photo Oikumene

Weltsozialforum in Nairobi 2007 mit starker oekumenischer Beteiligung: vlnr.: Abune Paulos, Patriarch der Aethiopischen Orthodoxen Tewahedo Kirche, Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu, Erzbischof Zaccheaus Okoth und Friedensnobelpreisträgerin Wangari Maathai nahmen an der Eröffnung der oekumenischen Veranstaltungen teil.

Weltsozialforum: Tutu verlangt Änderung zu- gunsten der Lebensbedingungen der Armen

Der Krieg gegen den Terror kann nur gewonnen werden, wenn sich die Welt sowohl für Arme wie für Reiche ändert, erklärte der Nobelpreisträger und ehemalige Erzbischof Desmond Tutu vor oekumenischen Teilnehmern und Teilnehmerinnen zu Beginn des Weltsozialforums (WSF) 2007 in Nairobi.

Der Krieg gegen den Terror könne „niemals“ gewonnen werden, „solange es Lebensbedingungen auf der Welt gibt, die Menschen verzweifeln lassen“, wie entwürdigende Armut, Krankheit und Unwissen.

„Gott weint“, meinte Tutu vor der oekumenischen Versammlung in der katholischen Holy Family Basilica in Nairobi, wenn er sieht, welch entsetzliche Dinge heute in der Welt geschehen. „Gott weint und spricht: ‚Wer wird mir helfen, eine andere Welt aufzubauen, in der die Reichen wissen, dass sie viel erhalten haben, damit sie es mit anderen teilen und ihren Mitmenschen helfen?‘“ Eine Schöpfung, die sehr gut war, „hat sich in einen Alptraum verwandelt“.

Tutu führte auf dieser Versammlung den Vorsitz zusammen mit Abune Paulos, dem Patriarchen der Äthiopischen Orthodoxen Kirche Tewahedo, und Erzbischof Zaccheaus Okoth, dem Präsidenten für die Ostregion von Caritas Africa. Die kenianische Nobelpreisträgerin Wangari Maathai nahm ebenfalls an dieser Veranstaltung am 20. Januar teil.

Tutu wies darauf hin, dass das „Grundgesetz unseres Daseins“ sei, dass „wir alle miteinander verbunden sind“. Deshalb „können wir nur gemeinsam, alle zusammen, etwas erreichen“. Nur gemeinsam können wir frei, sicher und geborgen sein. Laut Tutu gilt dieses Gesetz auch für die Politik. „Nicht einmal die einzige Supermacht kann vollkommen unabhängig sein; sie braucht andere Staaten.“

Zu den Mitgliedern der globalen oekumenischen Koalition beim WSF 2007 gehörten die Gesamtafrikanische Kirchenkonferenz (AACC), APRODEV, das Brasilianische Oekumenische Forum, Caritas Internationalis, Internationale Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Solidarität (CIDSE), Globales Oekumenisches Aktionsbündnis (EAA), Frontier Internship in Mission, Koinonia, Lutherischer Weltbund (LWB), Pax Romana, Reformierter Weltbund (RWB), Oekumenischer Rat der Kirchen (OeRK), Christlicher Studentenweltbund (WCSF), CVJF und CVJM.

Im Jahr 2008 wird das Weltsozialforum als dezentraler Aktionstag unter dem Motto „Global Alliance for Alternatives“ in zeitlicher Nähe zum Weltwirtschaftsforum in Davos geplant. Ein zentrales Weltsozialforum soll dann wieder 2009 evtl. in Mexiko oder erneut in Afrika stattfinden.

Genf: Unterstützung für UN-Kommission für Friedens- konsolidierung eingefordert

Der OeRK-Exekutiv Ausschuss hat seine Wertschätzung zum Ausdruck gebracht für die Einrichtung einer UN-Kommission für Friedenskonsolidierung. Er hat die Mitgliedskirchen aufgefordert, deren Bemühungen zu ermutigen und zu unterstützen. In einer Erklärung erinnerte er daran, dass er bereits im Dezember 2005 die Einrichtung der Kommission für Friedenskonsolidierung durch die UN begrüßt hatte. In der Erklärung wurde der damit verbundene Fonds für Friedenskonsolidierung, der im Oktober 2006 gestartet wurde, als „ein bedeutender Schritt vorwärts“ bezeichnet. Der OeRK appellierte auch an die Mitgliedsstaaten der UN, „starke moralische, materielle und personelle Ressourcen, Rückhalt und Unterstützung zur Verfügung zu stellen“, um ein erfolgreiches Arbeiten der Kommission zu gewähr-

leisten. Die UN-Kommission für Friedenskonsolidierung soll Initiativen zur Stabilisierung nach dem Ende von Konflikten fördern, z. B. die Implementierung von Friedensabkommen sowie Präventivmaßnahmen gegen ein erneutes Ausbrechen des Konflikts. Eine Erwartung an sie ist auch, dass sie den Zeitabschnitt ausdehnt, in der die internationale Gemeinschaft ihre Aufmerksamkeit auf Wiederaufbaumaßnahmen nach einem Konflikt richtet. Der OeRK-Exekutiv Ausschuss betonte in seiner Erklärung die „Wichtigkeit der Beteiligung der regionalen und lokalen Akteure“, insbesondere der vom Konflikt betroffenen, in den Beratungen der Kommission. Sie erinnerte auch an die Notwendigkeit, „die Rolle und den Beitrag der Kirchen und der Organisationen und der Zivilgesellschaft, die friedenskonsolidierend aktiv sind, anzuerkennen“.

OeRK startet neue Friedens- initiative, während Palästinenser und Israelis der 40 Jahre Besetzung gedenken

Der Oekumenische Rat der Kirchen (OeRK) wird im Rahmen einer Konferenz in Jordanien (17.–21. Juni 2007) eine internationale, zwischenkirchliche Friedensinitiative in Israel und Palästina starten – das Oekumenische Forum für Israel/Palästina. Die Initiative ist ein großer Schritt zur Verwirklichung des OeRK-Vorhabens, die Kirchen auf der ganzen Welt für Frieden mit Gerechtigkeit im Nahen Osten zu mobilisieren. An der Eröffnungskonferenz werden OeRK-Mitgliedskirchen und kirchliche Organisationen aus verschiedenen Teilen der Welt und besonders Kirchen aus dem Nahen Osten teilnehmen. Das geplante Forum soll die bestehende Fürsprachearbeit der Kirchen koordinieren und neue gemeinsame Friedensinitiativen fördern. Die an der Konferenz teilnehmenden Kirchen aus dem Nahen Osten werden ihre Vorstellungen von einem gerechten Frieden darlegen und von ihren Erfahrungen mit dem Konflikt berichten. Kirchen aus anderen Teilen der Welt werden über die Lektionen berichten, die sie aus anderen tief wurzelnden Konflikten – z. B. in Südafrika, im Sudan oder in Sri Lanka – gelernt haben. Gemeinsam werden die Kirchen das neue oekumenische Fürspracheforum für Frieden in Israel und Palästina eröffnen. Während der Konferenz werden Kirchen und zivilgesellschaftliche Gruppen in aller Welt an den Beginn der Besetzung Ostjerusalems, Westjordanlands und des Gazastreifens im Jahr 1967 erinnern und an die darauf folgenden 40 Jahre, die von Leid, Vertreibung und Verlust geprägt sind. Die Besetzung und die damit verbundene Gewalt haben auch massive Auswanderung zur Folge gehabt, die Region destabilisiert, zu Unfrieden anderswo geführt und Israel davon abgehalten, Sicherheit durch Frieden zu erreichen. Obwohl sie ihre Wurzeln in der

Region bis in biblische Zeiten zurückverfolgen können, verbinden die OeRK-Mitgliedskirchen im Nahen Osten die Aussichten für eine Fortsetzung ihrer Präsenz und ihres Zeugnisses in der Region mehr und mehr mit einer gerechten und dauerhaften Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts.

Weltsozialforum: Nobelpreisträger gegen Schuldenfalle

Die Nobelpreisträgerin Wangari Maathai hat die Kirchen dazu aufgefordert, sich stärker in der Schuldenerlasskampagne zu engagieren. Viele Kredite an Entwicklungsländer seien nicht nur schlecht verwaltet, sondern schon vom Ansatz her illegitim. „Wir als Kirchen kennen die Zahlen, wir haben eine Stimme und schweigen dennoch“, sagte Maathai in Nairobi auf dem Weltsozialforum. „Wir beten verschwiegen und still in der Sicherheit unserer Häuser, in der Sicherheit unserer Kirchen. Denn wenn wir unsere Stimmen erheben, wäre Sicherheit gefährdet.“ Maathai, eine kenianische Umweltwissenschaftlerin, die 2004 den Friedensnobelpreis gewann, sprach auf einer Veranstaltung unter dem Titel „The Illegitimate Debt Dialogue“. „Ich glaube“, sagte Maathai weiter, „dass die weltweite oekumenische Bewegung dazu aufgerufen ist, für Gerechtigkeit einzustehen ... Wir können unsere Stimmen erheben, um von allen G8-Ländern gehört zu werden mit der Botschaft, diese Schulden sind Unrecht.“ Eine der Forumsteilnehmer äußerten Zweifel, dass es gelingen könne, dass die armen Nationen einen Schuldenerlass fordern, während ihre eigenen Regierungen neue Kreditverträge unterschrieben.

„Es sind die Führer unserer Länder, die das Geld verschwendeten. Es sind nicht die einfachen Menschen, die die Schulden aufgehäuft haben – das ist die Herausforderung, vor der wir stehen“, so der kenianische Bischof Martin Kivuva aus Machakos gegenüber der oekumenischen Nachrichtenagentur ENI. Unter dem Beifall der Zuhörenden führte Maathai aus: „Jene, die das Geld ausgeliehen haben, wussten, dass Afrika unter Diktatoren und unverantwortlichen Führern leidet, und es war ihnen klar, dass diese Darlehen nur um einen Preis zurückgezahlt werden können, der Menschenleben kosten würde ... solche Schulden können wir nicht akzeptieren, nicht nur weil sie rechtswidrig sind, sondern auch weil sie unsere Menschen töten. Wie können jene aber leiden müssen, die nie einen Nutzen von diesem Geld hatten.“

Islam: Herausforderung für europäische Ansichten, Religion sei nur Privatsache

Das Wachstum des Islam in Europa bedeute eine Herausforderung für die hierzulande

verbreitete Annahme, die Religion sei eine Privatangelegenheit, die aus dem öffentlichen Leben verbannt werden sollte. Das erläuterte die Professorin Grace Davie von der Universität Exeter in Großbritannien, eine bekannte Religionssoziologin und Direktorin des Zentrum für Europäische Studien, vor europäischen Kirchenverantwortlichen im Februar 2007: „Wir ignorieren die Anwesenheit des Islam zu unserem eigenen Nachteil.“ Davie sprach in Wittenberg vor Vertretern der christlichen Konfessionen in Europa und betonte, „dies ist ein Katalysator für eine viel tiefere Veränderung der religiösen Landschaft Europas.“

Jüngste Kontroversen wie jene über das Tragen des Kopftuch von Schülerinnen in Frankreich, oder der Veröffentlichung von Karikaturen des Propheten Muhammad in dänischen Zeitungen, stellten entscheidende Punkte dar. „Die Präsenz des Islam ist ein Katalysator, der Fragen wieder aufgeworfen hat, von denen Europa dachte, sie seien geklärt. Davie sagte, der Islam könne nicht in die Privatisierung gedrängt werden. Dies hätten jüngste Ereignisse gezeigt. Allerdings falle den christlichen Kirchen eine große Aufgabe damit zu, mit zu helfen, wie sich Religion öffentlichen Ausdruck verschaffen soll.

Davie präsentierte die Ergebnisse einer neuen Studie über den Stellenwert von Religion in Europa (vgl. www.virginia.edu/iasc/hedgehog.html). Darin schreibt sie über den Karikaturenstreit: „Der Mangel an Verständnis auf beiden Seiten führte – zusammen mit einem Unwillen zum Kompromiss – zu gefährlichen Konfrontationen, sowohl in Europa als auch darüber hinaus.“ Allerdings sei dies wahrscheinlich „eher ein Problem für die säkularen Eliten als für die christlichen Kirchen.“

Muslime: Kein Konflikt zwischen islami- schem Gesetz und Demokratie

Muslime halten das islamische Gesetz für vereinbar mit Demokratie und unterstützen die meisten Werte, die in den Vereinigten Staaten von Amerika hochgehalten werden. Zugleich hegen sie aber Zweifel daran, dass Washington in der restlichen Welt es ernst meint mit der Einführung der Demokratie. Das zeigen die Ergebnisse einer Untersuchung des Gallup Instituts. Nach ihren Angaben glauben weltweit mehr als 80 Prozent der muslimischen Bevölkerung, dass die Scharia und die Demokratie in einem Land koexistieren können, und dass das islamische Gesetz mindestens eine Quelle der Gesetzgebung sein sollte.

Dalia Mogahed, ein Forscher am Gallup-Institut und geschäftsführender Direktor des US-amerikanischen Gallup Centers für Islamische Studien, erklärte, die US-Regierung sollte ihre Politik gegenüber den Muslimen überdenken.

„Eine Weltmacht sollte echte Demokratie

in der arabisch-islamischen Welt unterstützen, trotz der Risiken, dass dabei Menschen an die Macht gelangen können, die sich vehement der US-Politik widersetzen.“

Die Ergebnisse wurden von Gallup auf einer Pressekonferenz in Washington DC am 23. Januar 2007 präsentiert. In Ägypten, Pakistan, dem Iran, der Türkei, Jordanien und Bangladesch gab danach eine Mehrheit der Befragten an, dass die Scharia die einzige Quelle von Gesetzgebung sein sollte. In anderen Ländern hielt eine Mehrheit allerdings dafür, dass die Scharia (nur) eine Quelle der Gesetzgebung sein muss, nicht die Einzige. Es werde eine größere Offenheit gegenüber religiös orientierten Parteien geben müssen, solange sie dem politischen Dialog verpflichtet blieben und nicht zur Gewalt griffen, meinte Mogahed. Die Befragung wurde in Bangladesch, Ägypten, Indonesien, dem Iran, Jordanien, dem Libanon, Marokko, Pakistan, der Türkei und den palästinensischen Gebieten unter über 1000 Erwachsenen zwischen August und Oktober 2006 durchgeführt.

Indien: Kobia vergleicht die indische Dalit-Frage mit der Apartheid

Der Generalsekretärs Weltkirchenrates, Pfr. Kobia, hat die Behandlung der sog. Unberührbaren, der Dalit, in Indien mit der Apartheid verglichen. „Als Christen und Christinnen können wir nicht bloße Zuschauende sein, wenn in der Welt um Gerechtigkeit und Frieden gerungen wird.“ „Solange diese Praxis der Apartheid in Indien andauert, ist unsere Aufgabe nicht erfüllt“. Dalit, ein Begriff, der sich aus dem Sanskritwort ‚dal‘ für ‚niedergetreten, zerstört‘ entwickelte, ist die Selbstbezeichnung der Nachfahren der indischen Ureinwohner, die als „Unberührbare“ aus dem Kastensystem des Hinduismus in Indien faktisch bis heute ausgeschlossen sind. Sie machen etwa ein Viertel der indischen Gesamtbevölkerung aus. Kobia sprach in Bangalore vor fast tausend Kirchenführern und Kirchenaktivisten. In seiner Rede wies Kobia auf die fortdauernde Diskriminierung der Dalits hin, „Südafrika hat Apartheid abgeschafft. Es ist eine Sünde, dass sie in Indien im 21. Jahrhundert weiter fortbesteht“.

Patentrecht: Kirchenführer drängen Pharmakonzern

Erzbischof Desmond Tutu unterstützt mit zahlreichen anderen Kirchenführern eine Kampagne, die das schweizerische Pharmaunternehmen Novartis dazu bringen will, eine Patentrechtsklage gegen die indische Regierung fallen zu lassen. Im Mittelpunkt des medizinischen Patentrechtes müssten die Menschen, nicht der Profit stehen, so der

Nobelpreisträger. Auch die Genfer Initiative „Ecumenical Advocacy Alliance“ unterstützt die Forderung nach einem universellen Zugang zu elementaren Medikamenten.

Im aktuellen Streit geht es um ein indisches Gesetz, nach dem ein neues Medikament der Firma Novartis keine Patentierung erhalten hat, weil es sich nach indischem Verständnis nur um eine unwesentliche Veränderung eines alten Präparates handele, das in Indien nicht patentiert werden könne. Eine Klausel des indischen Patentrechts soll verhindern, dass Patentmonopole für geringfügige Weiterentwicklungen bereits bekannter Zusammensetzungen erteilt werden.

Da sich Indien zu einem der wichtigsten Medizinproduzenten für weite Teile der Zwei-Drittel-Welt entwickelt hat, insbesondere für sogenannte kostengünstige Generika, wirkstoffgleiche Kopien eines bereits unter einem geschützten Markennamen auf dem Markt befindlichen Medikaments, erhält der Versuch von Novartis, auf dem Rechtsweg gegen die Produktion eines Medikaments vorzugehen, außerordentliche Bedeutung. Auch die Entwicklungshilfeorganisationen „Ärzte ohne Grenzen“ und „Oxfam Deutschland“ haben das Schweizer Pharmaunternehmen Novartis aufgefordert, seine Patentrechtsklage gegen die indische Regierung fallen zu lassen. Die Klage bedrohe den Zugang von Millionen armer Menschen zu bezahlbaren indischen Generika.

Kirchenzwist: Vermittlung erbeten

Im südindischen Bundesstaat Kerala, in dem zahlreiche Christen leben, die ihre Tradition auf den Apostel Thomas zurückführen, ist ein alter Konflikt in der orthodoxen Kirche erneut aufgeflammt. Zwischen der Malankara (Indischen) Jacobitisch Syrisch Orthodoxen Kirche unter ihrem Katholikos Baselios Thomas I. und der Orthodoxen Syrischen Kirche in Malankara unter Katholikos Baselios Didymos I. herrscht unter anderem Streit wegen verschiedener Besitztümer und kirchlicher Liegenschaften. Schon 1912 war die kirchliche Einheit zerbrochen und wurde nur mühsam und formal zwischen 1958 und 1971 wieder hergestellt. „Normalerweise“, so Pfr. Samuel Kobia vom OeRK nach einem mehrtägigen Aufenthalt vor Ort, „mischt sich der OeRK in innerkirchliche Streitsituationen nicht ein“. Er sei aber hier bereit zu helfen, nachdem beide Seiten erklärt hätten, offen für eine Vermittlung durch den OeRK zu sein.

Japan: Nagasaki katholische Kirchen als Welterbe?

Die japanische Regierungskommission für kulturelle Angelegenheiten plant, die katholischen Kirchen von Nagasaki als Weltkulturerbe vorzuschlagen. Im Hintergrund steht dabei auch die Bedeutung, die Religion für

den Tourismus hat. Der Jesuit Franz Xaver brachte 1549 das Christentum nach Südjapan und kam 1550 nach Hirado bei Nagasaki. Dort ist auch der Geburtsort des ersten japanischen Priesters, Sebastian Kimura. Schon Ende des 16. Jahrhundert begann eine 250 Jahre dauernde Christenverfolgung in Japan, in der die Christen dieser Region ihren Glauben nur im Geheimen weitergeben konnten.

Für Kazutoshi Kakimori, einen der Nachfahren dieser geheimen Christen von Nagasaki, bedeutet der Schritt, die Kirchen zum Weltkulturerbe zu machen, eine Anerkennung der eigenen Geschichte. Während Nagasakis Erzbischof Joseph Mitsuaki Takami die mit diesem Bemühen verbundene Ehre unterstrich, gab es in der lokalen Presse Stimmen, die ihre Kirchen nicht zu touristischen Orten der allgemeinen Neugier werden lassen wollen.

Anglikanische Kirchengemeinschaft: Noch keine Spaltung

Noch ohne eine formelle Spaltung, aber mit einem scharfen Ultimatum ist in Tansania/Afrika ein Krisengipfel der anglikanischen Weltgemeinschaft zu Ende gegangen. In einer einstimmigen Resolution wurde die US-Episkopalkirche, die durch die Bischofsweihe eines bekennenden Homosexuellen sowie Segnungsriten für gleichgeschlechtliche Paare in der anglikanischen Kirchengemeinschaft für erhebliche Spannungen gesorgt hatte, dazu aufgefordert, bis zum 30. September einen Kurswechsel nachzuweisen. Andernfalls drohten Konsequenzen hinsichtlich ihrer „vollen Teilhabe“ an der anglikanischen Gemeinschaft. Die Teilnehmenden der Versammlung beschlossen zudem die Reform des Kirchenvertrags der Gemeinschaft. In dem Entwurf des neuen „Anglican Covenant“ ist festgelegt, dass einzelnen Kirchen unter „extremen Umständen“ die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft aberkannt werden kann. Bislang war ein Ausschluss nicht formal geregelt.

Mehrere konservative Kirchenführer, die der US-Kirche die Anerkennung entzogen haben, drohen mit der Errichtung kirchlicher Parallelstrukturen. Bereits jetzt haben einige konservative Kirchen ihre Beziehungen zur amerikanischen Episkopalkirche suspendiert. Mehrere Gemeinden der US-Episkopalisten sind aus der Kirche ausgetreten, um sich den Anglikanern in Afrika anzuschließen. Der konservative nigerianische Erzbischof Peter Akinola hat ein eigenes Netzwerk für solche Gemeinden eingerichtet und dazu den US-Priester Martyn Minns als Bischof für die US-Gemeinden eingesetzt, die sich von der Episkopalkirche distanzieren haben. Erzbischof Akinola hat sich während des Treffens auch geweigert, am Abendmahl mit der Vorsitzenden der US-Anglikaner, Bischöfin Katharine Jefferts Schori, teilzunehmen.

Das geistliche Oberhaupt der anglikanischen Weltgemeinschaft, der Erzbischof von Canterbury Rowan Williams (London), sagte, die Beschlüsse von Dar es Salaam würden gewiss nicht alle Differenzen ausräumen, aber man könne jetzt „mit Würde“ voranschreiten. „Es ist ein Experiment. Beten wir dafür.“ Bischöfin Jefferts Schori meinte vor ihrer Abreise lediglich, die Gespräche müssten fortgesetzt werden.

Nach ihrer Rückkehr vom Krisengipfel in Afrika erklärte sie am 23. Februar in New York, dass das Gespräch über die gleichberechtigte Teilnahme von Schwulen und Lesben in der Kirche weiter gehen müsse. Die Debatte gebe es seit 40 Jahren, sie verschwinde nicht einfach, Gott bringe sie wieder zu uns zurück. Schori äußerte Verständnis dafür, dass die Empfehlungen der Konferenz für einige sehr hart und bitter seien. Aber, so die Bischöfin, die weltweite Haltung gegenüber Schwulen und Lesben wandle sich ständig. Ein Endpunkt sei dabei noch nicht erreicht. Die Gruppe Integrity, die sich für Homosexuelle in der anglikanischen Kirche engagiert, verurteilte die Beschlüsse als Heuchelei und rief die Kirchenmitglieder auf, sich dafür einzusetzen, dass die US-Kirchenleitung die Sanktionen ablehnt.

Norwegen: Reform der Staatskirche nötig?

Trond Gyske, der norwegische Minister für Kultur und Kirchenangelegenheiten stellte im Januar erste Ergebnisse einer Umfrage vor, die sich mit der Frage einer Änderung der norwegischen Verfassung und der darin festgelegten Rolle der Lutherischen Kirche als Staatskirche befasst. Die Generalsynode der Lutherischen Kirche hatte im November 2006 beschlossen, die seit 1537 bestehende Ordnung neu zu überdenken und nicht weiter eine Staatskirche sein zu wollen.

In der ersten Runde von Voten aus ganz Norwegen sprachen sich lediglich 33% für eine Änderung des Systems aus, während 57% eine Fortführung der bestehenden Verhältnisse befürworteten. Kompliziert wird die Situation dadurch, dass die norwegische Regierungskoalition aus Parteien besteht, die entgegengesetzte Positionen in dieser Frage vertreten.

Namibia: Lutheraner bewegen sich auf Einheit zu

Nach langer Trennung bewegen sich Namibia drei lutherische Kirchen auf die Einheit zu, nachdem sie für Jahrzehnte entlang ethnischer Grenzen und einer Geschichte von Kolonialismus und Apartheid getrennt waren.

„Wir suchen nach Wegen für gemeinsames Handeln, um besser mit einer vereinigten lutherischen Stimme in Namibia gehört zu werden. Endziel ist eine Lutherische Namibische Kirche“, heißt es in einer im Januar

2007 von den lutherischen Bischöfen unterschriebenen Erklärung. Sie repräsentieren die Evangelische Lutherische Kirche in Namibia (ELCIN), die Evangelisch-Lutherische Kirche in der Republik von Namibia (ELCRN) und die deutschsprachige ELCIN-GELC. Namibia war bis 1915 eine deutsche Kolonie bis es unter die Kontrolle von Südafrika gelangte, das dem Land später sein Apartheidssystem auferlegte. Nach der Unabhängigkeit und dem Ende der Apartheid, blieb die Trennung der lutherischen Kirchen bislang weiter bestehen.

Philippinen: Irischer Priester ausgewiesen

Fr. Frank Nally, ein irischer Priester, der auf den Philippinen an einer Kampagne gegen ein riesiges Bergbauprojekt teilgenommen hat, wurde von den Behörden des Landes verwiesen. Er wisse nicht, warum ihm auf dem Flughafen die Einreise in das Land, in dem er für viele Jahre gearbeitet hat, verweigert wurde, sagte Nally. Der Comboni Missionar und Mitglied der Ordenskommission „Glaube und Gerechtigkeit“ war nach Asien geflogen, um dort Ende Januar einen 62-seitigen Bericht über die Folgen der Bergbautätigkeit ausländischer Firmen auf der Inselgruppe und deren Auswirkungen auf Mensch und Umwelt vorzustellen. Nally gehörte, ebenso wie die ehemalige britische Kabinettsmitglied Clare Short, zu einem Fact-Finding-Team, das im Juli 2006 vor Ort gewesen war. Die philippinischen Bischöfe baten die internationale Gemeinschaft um Hilfe, um auf die Konsequenzen des Raubbaues ausländische Formen für die indigenen Bevölkerungen und die ländlichen Gebiete aufmerksam zu machen.

US-Bistum nach Klagen wegen sexuellen Missbrauchs bankrott

Mehr als 150 Klagen wegen sexuellen Missbrauchs haben das katholische Bistum im kalifornischen San Diego in den finanziellen Ruin getrieben. Die Diözese der Millionenstadt kündigte an, Gläubigerschutz zu beantragen. Die Forderungen der Kläger überstiegen die finanziellen Möglichkeiten des Bistums und seiner Versicherungen, sagte Bischof Robert Brom am Dienstag. Das Bistum sieht sich mit Vorwürfen konfrontiert, die bis in die 50-er Jahre zurückreichen. Nach Angaben der Kläger könnten sich die Einigungskosten auf mehr als 200 Millionen Dollar belaufen. Das „Opfer-Netzwerk der von Priestern Missbrauchten“ übte Kritik am geplanten Schritt der Kirche und sprach von einem „moralischen Bankrott eines eigennützigsten Bischofs, der Angst vor unbequemen Fragen über das Verwöhnen und Verheimlichen pädophiler Priester“ habe. Mit mehr als einer Million Mitgliedern ist das Bistum die größte Diözese in den USA, die Gläubigerschutz beantragt. Vier andere Bistümer haben dies bereits zuvor getan.

USA: Evangelikale streiten über Klimawandel

Die evangelikalen Christen in den USA streiten über ihre Haltung zum Klimawandel. Der Gründer der Einrichtung „Focus on the Family“, James C. Dobson, und zwei weitere Führer der konservativen Christen hat dieser Tage an die Nationale Organisation der Evangelikalen (NAE) appelliert, den NAE-Vizepräsidenten Richard Cizik zum Schweigen aufzufordern oder ihn zu entlassen. Dieser hatte von den Evangelikalen kürzlich verlangt, die wissenschaftlichen Erkenntnisse über den Treibhauseffekt ernst zu nehmen.

Wie die „Washington Post“ berichtete, wirft Dobson dem NAE-Vizepräsidenten vor, er habe eine unsägliche Kampagne gestartet und damit die evangelikalen Christen gespalten und demoralisiert. Die NAE vertritt rund 30 Millionen konservative Christen. Cizik hatte wiederholt gefordert, die NAE dürfe sich nicht nur um Themen wie Abtreibung oder „Homo-Ehe“ kümmern. Christen hätten auch den biblischen Auftrag, die Schöpfung zu bewahren, sich für Menschenrechte und die Bekämpfung der Armut einzusetzen. Der Vorstand der NAE will sich in dieser Woche in Minnesota treffen. Der frühere NAE-Präsident Ted Haggard war im November nach Berichten über eine Affäre wegen Sex mit einem Callboy und Drogenkonsum zurückgetreten. Sein Nachfolger Leith Anderson verteidigt Cizik als großen Gewinn für die Organisation. Er sprach von einer Kampagne gegen ihn.

USA: Ex-Präsidenten für neue Baptistenkirche

Die früheren US-Präsidenten Jimmy Carter und Bill Clinton setzen sich für die Gründung eines neuen Verbundes von Baptisten ein. Dieser solle ein Gegengewicht zu den theologisch und politisch konservativen „Southern Baptists“ („Südlichen Baptistenvereinigung“), der größten protestantischen Kirche der USA, bilden.

Dies sei ein historisches Ereignis für die Gemeinschaft der Baptisten und vielleicht für die gesamte Christenheit sagte Carter. Baptisten müssten gemeinsam gegen Armut, Umweltzerstörung und Kriege vorgehen. Nach Presseangaben soll der Verband Anfang 2008 ins Leben gerufen werden. Carter und Clinton gehören beide den „Southern Baptists“ an mit weltweit mehr als 40 Millionen Mitgliedern. Baptisten müssten sich bemühen, die Ziele und Grundsätze zu leben, die Jesus Christus in der Bergpredigt verkündet habe, erklärte Carter. Clinton sagte, der Verband werde die Frage stellen, wie Christen mit den Problemen des 21. Jahrhunderts umgehen sollten, und wie man religiöse und ethnische Konflikte überwin-

den könne. Vertreter von 40 baptistischen Zusammenschlüssen mit nach eigenen Angaben rund 20 Millionen Mitgliedern nahmen Anfang 2007 im Carter Center in Atlanta (US-Bundesstaat Georgia) an einer Veranstaltung zur Vorstellung der neuen Initiative teil. Frank Page, Präsident der mehr als 16 Millionen Mitglieder zählenden „Southern Baptist“, kritisierte den Vorstoß. Seine Kirche verkünde bereits jetzt eine „positive Botschaft“, die großen Einfluss auf die amerikanische Gesellschaft habe.

Polen: Missionsland

Eine britische Organisation, die „European Christian Mission“ (ECM), hat damit begonnen, wie sie erklärte, den „wirklichen Christus“ nach Polen zu bringen, weil der dortige dominierende Katholizismus versagt habe. „Polen ist ein Land in Übergang und es sind solche Zeiten, die die Türen weit öffnen für das Evangelium“, heißt es in einer Pressemitteilung von Anfang Januar 2007. Der Tod von John Paul II., verbunden mit der raschen wirtschaftlichen und kulturellen Veränderung nach dem Beitritt von Polen zur EU, habe viel an überkommener Gewissheit schwinden lassen. Stärkerer Materialismus und verbreitete Säkularisierungstendenzen schufen eine große Chance, so das ECM, das 1904 gegründet und nach eigenen Angaben in 19 europäischen Ländern aktiv ist. Geplant sei ein Projekt unter dem Namen „Wirkliche Hoffnung für Polen“, bei dem Informationsmaterial an 14 Millionen polnische Haushalte verteilt werden soll. Trotz des 90% Anteils der Katholiken an der Bevölkerung, gibt es in Polen mehr als 70 registrierte christliche Gemeinschaften. Der Direktor des Polnischen Oekumenischen Rates jedoch, des Dachverbandes der sieben wichtigsten Minderheitenkirchen im Land, der lutherische Pfr. Andrzej Wojtowicz erklärte, man habe keine Verbindungen zum ECM. „Dies ist nicht die Art von Sprache, die wir hier benutzen“, sagte der Direktor des polnischen Ökumene-Rates.

Niederlande: Russisch-Orthodoxes Zentrum

Russlands orthodoxe Kirche hat eine katholische Kirche und ein Kloster in den Niederlanden erworben. Aus dem ehemaligen Kapuzinerkloster Tichelkerk in Amsterdam soll nun die größte Auslandsniederlassung der russisch-orthodoxen Kirche werden. Die orthodoxe St. Nicholas-Pfarrei erwarb das Anwesen für 1,5 Mio. EUR vor allem für ihre aus der ehemaligen Sowjetunion zugezogenen Gemeindemitglieder. Die Kapuziner gaben die Baulichkeiten wegen Nachwuchsmangel auf.

Bei Meldungen aus der internationalen Ökumene wurden in Ergänzung zu eigenen Recherchen Agenturmeldungen von ENI ausgewertet, außerdem die Pressedienste von OeRK, LWI, RWE, CEC, RNA und KIPA

Aus oekumenischen NETZEN

► Bremen

Armutsbekämpfung und G 8

Unter der Überschrift „Wozu brauchen die reichen Länder die armen Länder?“ waren am 23. Februar mehr als 60 Interessierte ins „forum Kirche“ gekommen, um während einer entwicklungspolitischen Fachtagung mit Parlamentariern und Entwicklungsexperten einen Impuls für wirksame Armutsbekämpfung unter deutschem G8 Vorsitz zu setzen. Überraschende Einigkeit zeigten die Bundestagsabgeordneten Jochen Borchert (CDU, Haushaltsausschuss), Thilo Hoppe (Grüne, Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), Volker Kröning (Haushaltsausschuss) in ihrer Ablehnung marktradikaler Liberalisierungsdoktrin. Ein differenziertes Regelwerk wirtschaftspolitischer Instrumente wurde auch von Michael Frein, dem handelspolitischen Experten des Evangelischen Entwicklungsdienstes angemahnt, um je nach Situation der entsprechenden Länder Entwicklung und Armutsbekämpfung zusammenzubringen. Ernährungssicherheit sei dabei eine zentrale Erfordernis, entwicklungspolitische Ziele und handels- bzw. außenpolitische Ziele müssten kohärent, d.h. nicht gegenläufig und widersprüchlich gestaltet werden. Die Parlamentarier erklärten, dass sie über Hearings in den Ausschüssen und eine Bundestagsdebatte zur Halbzeitbilanz der Millenniumentwicklungsziele diese differenzierte – dem gängigen Liberalisierungscredo gegenläufige – Position stärken wollen.

Im Rahmen des Bremer Bürgerschaftswahlkampfes werden die ParteienvertreterInnen am **18. April** im Überseemuseum diskutieren zum Thema: „Bremen und die Globalisierung: Nur verdienen oder auch gerecht gestalten?“ Fortgeführt wird die Debatte im Zuge der Mobilisierung für den G8-Gipfel am **31. Mai** mit einer Diskussion zwischen Roger Peltzer (Grüne) und Prof. Rudolph Hickel, wissenschaftlicher Beirat von „attac“.

Dem Aufruf „8 Minuten für Gerechtigkeit“ anlässlich des G8-Gipfels versuchen wir in Bremen durch zwei zentrale Andachten und hoffentlich vielfaches Läuten in den Stadtteilen gerecht zu werden.

Uwe Ihssen, Evangelisches Bildungswerk Bremen
Oekumenische Initiative Bremen, Hollerallee 75
28215 Bremen, Tel.: 0421/34615-36, Fax: -38
www.bildungswerk.kirche-bremen.de

► Berlin

Gebetswoche für die Einheit der Christen

Seit dem 1. Januar dieses Jahres hat das Oekumenisch-Missionarische Institut (die Geschäftsstelle des OeRBB) eine neue Referentin mit einer 25-prozentigen Stelle. Es handelt sich dabei um die Pastorin der Berliner Mennoniten-Gemeinde (BMG) Martina Basso. Pfrn. Heike Krafcheck (Ev. Referentin) hat die Geschäftsführung nach dem Weggang von Dr. Dietmar Lütz übernommen. Dr. Lütz war 10 Jahre bis zum Ende des vergangenen Jahres Leiter dieser Geschäftsstelle.

Am 20. Januar fand ein großer jährlicher oekumenischer Gottesdienst anlässlich der Gebetswoche für die Einheit der Christen wieder in der St. Hedwigs-kathedrale statt. Dieses Mal feierten wurde „10 Jahre OeRBB“ gefeiert. Am Anfang des sehr gut besuchten Gottesdienstes gab es zum ersten Mal einen eindrucklichen, feierlichen Einzugs von Kirchenvertretern der meisten Mitgliedskirchen des OeRBB. Dr. Dietmar Lütz hielt eine bewegende Predigt zum Thema „Oekumene“. Beim anschließenden Empfang wurde Dr. Lütz würdig verabschiedet.

Angesichts der Tatsache, dass die Orthodoxen und „Westkirchen“ in diesem Jahr wieder Ostern gleichzeitig feiern werden, wird der OeRBB gemeinsam mit dem Internationalen Konvent fremdsprachiger Gemeinden am Ostermontag einen oekumenischen Gottesdienst in der Rosenkranz-Basilika in Berlin-Steglitz halten.

Traditionsgemäß wird zum siebten Mal am Pfingstwochenende die „Nacht der Offenen Kirchen“ (NOK) in Berlin und Brandenburg durchgeführt. Das Oekumenisch-Missionarische Institut (OeMI) dient als organisatorische Schaltstelle für die NOK. Wie im letzten Jahr wird die zentrale Eröffnungsandacht der NOK am Pfingstsonntag im Berliner Dom stattfinden (Beginn: 19.30 Uhr). Gleich danach wird ein internationales Chorkonzert aufgeführt.

Am **27. Juni** findet die erste Zusammenkunft des Oekumenischen Forums des OeRBB statt. Das Oekumenische Forum wird christlichen Gruppierungen und Organisationen, die laut Satzung nicht Mitglieder des OeRBB werden können, eine Möglichkeit bieten, sowohl das gegenseitige Kennenlernen als auch die Zusammenarbeit miteinander und mit dem OeRBB zu optimieren. Das Oekumenische Forum soll also ein Bindeglied zwischen Kirchenleitungs- und Basis-Oekumene werden.

Steve Smith, Ev. Referent des Oekumenisch-Missionarischen Institutes des OeRBB
Gierkeplatz 2-4, 10585 Berlin, Tel.: 0 30 / 3 42 10 00

► Niedersachsen

Auf dem Weg nach Sibiu

Das Oekumenische Netz Niedersachsen lädt ein zu einer Veranstaltung zum Thema „Tendenzen, Hindernisse und Perspektiven nachhaltiger europäischer Energiepolitik“ mit der Abgeordneten der Grünen Rebecca Harms am 10.03.07 in der Marktkirche Hannover.

Der AK Konziliarer Prozess veranstaltet ein Forum „Auf dem Weg nach Sibiu“ am **12.5.07** im katholischen Bildungshaus in Hannover.

Oekumen. Netz Niedersachsen, Susanne Bergengruen
Alabasterweg 10, 30455 Hannover
Tel.: 0511/4850002

► Rhein-Mosel-Saar

Soziale Gerechtigkeit jetzt

Das Oekumenische Netz Rhein-Mosel-Saar gibt den Impuls, am Wochenende **21./22. April 2007** in möglichst vielen Städten lokale Sozialforen durchzuführen. Für den **21./22. April 2007** plant das Sozialforum Saar unter dem Motto: „Keine Macht für G8“ in Saarbrücken eine Veranstaltung.

Am Samstag, den **5. Mai 2007**, geht es um „Leben und Arbeiten in Europa – Soziale Gerechtigkeit jetzt“ im Rahmen des bundesweiten Aktionstags der KAB von 11.00 bis ca. 17.00 Uhr in Trier (Stadtmitte).

Oekumenisches Netz Rhein Mosel Saar e.V.
Pfarrer Werner Mörchen Str. 1, 56564 Neuwied
Tel.: 026 31 / 35 4140, Fax: 0180 / 50 60 33 59 93 76
info@oekumenisches-netz.de
www.oekumenisches-netz.de

► Württemberg

Alternative europäische Verfassung

Im Oekumenischen Netz Württemberg wurde die langjährige Geschäftsführerin Johanna Moltmann-Hermann mit großem Dank verabschiedet. Neue Sprecherin und Kontaktadresse ist nun Sylvia Dieter, Stellvertreterin Dr. Müller. Von Dr. Müller und Pfr. Siegfried Böhringer, Nagold, stammt der Entwurf einer alternativen Europäischen Verfassung, der in Sibiu eingebracht werden soll.

Amos-Preis für Zivilcourage an Major Pfaff

Die Offene Kirche in Württemberg verlieh ihren diesjährigen AMOS-Preis für Zivilcourage an Major Florian Pfaff. Der Major

hatte sich aus Gründen seines Gewissens geweigert, an Hilfsprogrammen für den völkerrechtswidrigen Irak-Krieg mitzuwirken und wurde dafür von der Bundeswehr degradiert. Major Pfaff klagte und bekam vor dem Bundesverwaltungsgericht letztinstanzlich Recht.

Den Vorschlag für die Preisverleihung hatte die Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer in Württemberg eingereicht.

Vorschlag für Verfassung und Kontaktanschriften siehe S. 9

▶ Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK)



Auf dem Weg zur Dritten Europäischen Oekumenischen Versammlung

Auf einer bundesweiten oekumenischen Tagung der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) zur Dritten Europäischen Oekumenischen Versammlung haben sich in der Evangelischen Akademie Loccum vom 4. bis 6. Dezember 2006 insgesamt 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Deutschland und Gäste aus Europa getroffen. In der gemeinsamen Schlussklärung ihrer Tagung haben die Teilnehmenden folgende Aussagen getroffen:

„Dankbar blicken die Versammelten auf den gemeinsamen Weg der Kirchen in Europa zurück:

- ▷ von der Aufnahme des in Vancouver (1983) beschlossenen „Konziliaren Prozesses“ für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, der in Deutschland auch in der politischen Wende 1989 wirksam wurde und weiter geführt wird,
- ▷ über die Erste Europäische Oekumenische Versammlung in Basel (1989),
- ▷ hin zum Ruf zur Versöhnung auf der Zweiten Europäischen Oekumenischen Versammlung in Graz (1997),
- ▷ bis zur Charta Oecumenica (2001), die zu wachsender oekumenischer Gemeinschaft an vielen Orten und europaweit geführt hat.“

Die Versammelten in Loccum haben auf Stimmen aus katholischer, reformatorischer (landeskirchlicher und freikirchlicher) und orthodoxer Tradition gehört. Dabei haben sie zu Frieden, Gerechtigkeit und Schöpfungsbewahrung u. a. folgende Ziele formuliert:

Frieden

Um das in der Charta Oecumenica benannte Ziel einer „Friedensordnung auf der Grund-

lage gewaltfreier Konfliktlösungen“ zu erreichen, sehen wir die Notwendigkeit, das in der europäischen Sicherheitsstrategie verwendete Verständnis von Sicherheit kritisch zu befragen.

Handlungsempfehlung

Wir empfehlen den Kirchen und Gemeinden:

- ▷ die oekumenische Reflexion darüber, welches Verständnis von menschlicher Sicherheit und Verletzbarkeit aus dem Glauben an Jesus Christus erwächst, zu vertiefen und in die öffentliche Debatte einzubringen,
- ▷ sich bei der Europäischen Kommission für den Aufbau und die Institutionalisierung eines effektiven Instruments zur Koordination ziviler Mittel der Konfliktbearbeitung einzusetzen und Schritte zur Kernwaffenabrüstung einzuleiten,
- ▷ sich für die Stärkung internationaler Institutionen einzusetzen, die dazu beitragen, Krisen vorzubeugen und in Konflikten zu vermitteln,
- ▷ der europäischen Sicherheitsstrategie in Bezug auf Bestrebungen zur Absicherung politischer Einflussbereiche entgegen zu treten,
- ▷ es als ihre Aufgabe anzusehen, einen Beitrag zu langfristigen Friedensprozessen im Sinne von Armutsbekämpfung, sozialer Entwicklung und Bewahrung der Schöpfung zu leisten.“

Gerechtigkeit

Wir plädieren für eine Solidarische Ökonomie, die dem Leben dient.

Handlungsempfehlung

Wir empfehlen den Kirchen und Gemeinden:

- ▷ die Forderung nach einer gerechten Wirtschaftsordnung mit einer dem Konziliaren Prozess entsprechenden Spiritualität zu verbinden
- ▷ den Zusammenhang der ökonomischen Entwicklungen in Europa mit der globalisierten Entwicklung zu untersuchen und bekannt zu machen,
- ▷ Netzwerke zu unterstützen und zu bilden, die Steuergerechtigkeit, Transparenz ökonomischer Beziehungen und die Durchsetzung politischer Regeln für gerechteres ökonomisches Handeln fördern,
- ▷ sich für die Realisierung der Millenniumsziele der UN einzusetzen und die eingegangenen Verpflichtungen der Staaten einzufordern,
- ▷ den Prozess zur Ausweitung ethischer Geldanlagen voranzutreiben und sich auf diesen Prozess zu verpflichten.“

Bewahrung der Schöpfung

Der Klimawandel stellt eine der größten Herausforderungen für die Menschheit und für das Handeln der Kirche dar – lokal, global und in den Kirchen selbst.

Handlungsempfehlung

Wir empfehlen den Kirchen und Gemeinden:

- ▷ sich auf verbindliche Ziele für die Verringerung des CO₂-Ausstoßes zu verpflichten; dies bedeutet die Einführung eines kirchlichen Umwelt-Managements;
- ▷ in Kooperation mit anderen gesellschaftlichen Akteuren auf allen Ebenen in einer Klima-Allianz für eine wirkungsvolle Klimaschutzpolitik einzutreten,
- ▷ die Europäische Union darauf zu drängen, eine Vorreiterrolle im Klimaschutz zu übernehmen,
- ▷ wegen ihrer besonderen Risiken die Atomenergie im Zusammenhang mit dem Klimaschutz abzulehnen,
- ▷ die Schöpfung liturgisch zu feiern.“

Diese Zielsetzungen werden in den Netzen noch mit Blick auf weitere Konkretisierung diskutiert, insbesondere im Zusammenhang mit dem Ziel einer „Solidarischen Ökonomie, die dem Leben dient“ (siehe auch der folgende Beitrag). Hier werden Forderungen an die Regierungen und die EU angesprochen zur Absicherung alternativer Wirtschaftskreisläufe, wie des Regiogeldes. Dabei können die kirchlichen Banken wie auch Diakonie und Caritas einbezogen werden.

Im Bereich Frieden wurde bereits von mehreren kirchlichen Gremien die Einrichtung einer „Europäischen Agentur zur Friedensförderung und zivilen Konfliktbearbeitung“ in Brüssel als offizielles Instrument der EU-Außen- und Sicherheitspolitik verlangt. Sie soll gemäß der vorrangigen Option für Gewaltfreiheit bei den finanziellen Ressourcen nicht schlechter gestellt werden, als die bereits errichtete „Europäische Verteidigungsagentur“ zur Rüstungskoordination.

Eine weitere Zielsetzung besteht in der Ausbildung und Zurverfügungstellung von 10 000 Friedensfachkräften.

▶ Oekumenische Initiative Eine Welt



Im neuen Rundbrief der Oekumenischen Initiative wird über „Solidarische Wirtschaftsmodelle“ diskutiert. So fragt die Autorin Carola Müller nach Zielen, Werten und Bedürfnissen in der ökonomischen Theorie, im Folgenden kurz zusammengefasst: Was haben Überlegungen zu einer anderen Ökonomie der neoliberalen Theorie entgegenzusetzen? Unbestritten ist: Es gibt bis heute kein einheitliches Theoriegebäude im bisher üblichen Verständnis eines geschlossenen Denkmodells zu einer alternativen Ökonomie. Die Vorstellungen, die sich unter dem Begriff ‚alternative Ökonomie‘ versammeln,

Alternativer Entwurf einer europäischen Verfassung

Die Paragraphen sollen den Grundtenor skizzieren, wobei die Formulierung im Einzelnen noch mit anderen überarbeitet werden soll:

- §1 *Europa ist ein Kontinent der auf der Basis von Frieden, Gerechtigkeit und Verantwortung für Natur und Umwelt handelt.*
- §2 *Europa achtet die Menschenrechte und setzt sich für die Beseitigung von Gewaltanwendung ein.*
- §3 *Europa baut in seinem Integrationsprozess auf die spirituellen und visionären Impulse und auf die Friedensvermächtnisse seiner Religionsgemeinschaften, seines humanistischen, weltanschaulichen und kulturellen Erbes.*
- §4 *Das friedliebende Europa erlaubt Menschen und Gruppen verschiedener Religionen, Kulturen, Weltanschauungen, Geschlechter ..., verschiedene Alter, Behinderter, Migranten und Flüchtlingen gleich geachtet in gegenseitiger Toleranz zusammenzuleben.*
- §5 *Das Europa des Friedens will zukünftig ohne Rüstung leben. Dazu wird eine Zivile Friedensagentur eingerichtet. Die Militärausgaben werden zugunsten aktiver Friedens- und Entwicklungsarbeit drastisch reduziert.*
- §6 *Das friedfertige Europa versorgt seine Bürger zunehmend mit nachhaltig erzeugter Energie und mit Wasser ohne Profitinteressen. Außerdem wird sichergestellt, dass Atomanlagen und fossile Kraftwerke durch Erneuerbare Energien ersetzt werden. Die Grundversorgung muss durch gemeinnützige Gesellschaften sichergestellt werden.*
- § 7 *Das künftige Europa entwickelt eine sozial verträgliche Wirtschaft und verhindert die Kapitalanhäufung für wenige.*
- § 8 *Ein gerechtes Europa versorgt alle mit lebenswichtigen Gütern und Ressourcen. Verhinderung und Abbau von Verelendung in und außerhalb Europas wird ein vorrangiges Ziel.*
- § 9 *Im sozial gerechten Europa wird Arbeit und Freizeit so geordnet, dass alle ein Ein- und Auskommen haben und soziale, kulturelle, sportliche Entwicklungen aufblühen können.*
- §10 *Natur-, Umweltschutz und Tierschutz machen ein nachhaltiges Leben in Europa und in der Welt möglich. Der Klimaveränderung wird mit großem Einsatz Einhalt geboten.*
- §11 *Bildung, Forschung, Technik und Kommunikation wird nur dort gefördert, wo sie die o.g. Ziele voranbringt und Ebrfurcht vor dem Leben sicherstellt.*
- §12 *Europa beteiligt sich nie an kriegerischen oder militärischen Aktionen zur Erhaltung wirtschaftlicher Pfründe oder der Ressourcensicherung auf Kosten anderer.*

2. Fassung vom 14.11.06, Kurzfassung in 12 Paragraphen von Dr. Eberhard Müller nach einem ausführlichen Entwurf von S. Böhringer vom Nov. 2006. Bzgl. Der Verfassungsorgane wird auf die Leitlinie für eine EU-Verfassung von Pax Christi (Kassel) vom April 2006 verwiesen

Oekumenisches Netz Württemberg, Sprecherin: Sylvia Dieter, Nahe Weinbergstr. 12, 74348 Lauffen
Tel. & Fax: 071 33 / 210 68, dieter_sylvia@web.de
Stellvertretender Sprecher: Dr. Eberhard Müller, Pelzmühle, 72348 Rosenfeld, e.l.mueller@surfeu.de

sind unterschiedlich und teilweise gegensätzlich. Den einen reicht es, wenn die inneren Strukturen eines Projekts ‚alternativ‘ sind, wenn es z.B. weniger Hierarchien gibt und die Mitbestimmung aller gewährleistet ist, aber nach außen konkurriert man mit seinen Produkten und seiner Arbeit auf dem ‚freien Markt‘, der nicht in Frage gestellt wird und dessen Regeln Priorität haben. Die folgenden Überlegungen betreffen die markt-kritischen Ansätze.

Gesellschaftliche Ziele und Werte für eine Ökonomie

Dort, wo über solidarisches Wirtschaften diskutiert wird, wird entweder über aktuelle Praxisprobleme der Projekte gesprochen oder über die gewünschten Ziele und Werte, die mit diesem anderen Wirtschaften erreicht werden sollen. Es lohnt deshalb darüber nachzudenken, welche normativen und ethischen Grundlagen dem ökonomischen Handeln Ziel und Richtung geben können.

Welches Ziel soll durch das Wirtschaften und Arbeiten erreicht werden, wenn es nicht – wie das heutige Wirtschaften – der Profitvermehrung, der Marktmacht und der Kapitalakkumulation dient? Eine solche Zieldiskussion wird in der herrschenden Ökonomie, in Theorie und Praxis, ausgespart.

Ziel eines bedürfnisorientierten, solidarischen Wirtschaftens ist es, Wirtschaften, Arbeiten, Lernen und Leben wieder zu verbinden mit der Absicht, eine gute und sich möglichst verbessernde Lebensqualität auf der Basis einer lokal orientierten und überörtlich vernetzten Selbstversorgung für alle herzustellen. Es ist ein Wirtschaften und Arbeiten für ein „gemeinsames Eigenes“. Die Reproduktion des Lebens ist das Ergebnis von Zusammenarbeit und gegenseitiger Unterstützung, in die alle Personen mit gleichen Rechten und gemäß ihren Möglichkeiten einbezogen sind. Eine eigenständige Existenzsicherung resultiert aus bezahlten und unbezahlten Leistungen für gesellschaftlich notwendige und ökologisch sinnvolle Arbeiten.

Der nächste wichtige Schritt ist die Konkretisierung der allgemeinen Wertvorgaben in Handlungsleitlinien für das Wirtschaften und Arbeiten. Tauschprozesse und die dazugehörigen Ordnungen sind zentrale Kategorien von Wirtschaft und Arbeit – und zwar nicht nur der bezahlten, sondern auch der unbezahlten Arbeit. Die Wertvorstellungen, die den Tauschprozessen zugrunde liegen, sind entscheidend für die Ergebnisse. Ein anderes Wirtschaften wird auch zu anderen Wertmaßstäben führen. Praktiziert wird beispielsweise in den zahlreichen örtlichen Tauschringen der Austausch auf der Basis von aufgewendeter Zeit.

Neue Erd-Charta-BotschafterInnen

Für den Sommer 2007 plant die Oekumenische Initiative Eine Welt (OeIEW) erstmals seit mehreren Jahren wieder eine Schulung von „BotschafterInnen“ für die Erd-Charta. Die Schulung will Menschen in die Lage versetzen, Anliegen und Ziele der Erd-Charta zu vermitteln und mit Hilfe geeigneter Methoden und Aktionen sowohl im alltäglichen Leben als auch in der Bildungsarbeit ein- und umzusetzen.

Die Erd-Charta ist eine in einem mehrjährigen weltweiten Prozess entstandene Erklärung ethischer Grundsätze für das Zusammenleben der Menschheit in der Einen Welt, das sich als Rahmendokument für eine umfassend verstandene nachhaltige Lebensweise und Politik versteht.

Wer Interesse an der Schulung hat, melde sich bitte bei: OeIEW, Mittelstr. 4, 34474 Diemelstadt-Wethen
Tel.: 056 94/1417, www.oew.de

Neue Köpfe

Die Mitgliederversammlung der OeIEW wählte Anfang März in der Zukunftswerkstatt Oekumene in Warburg-Germete einen neuen Vorstand: Erster Vorsitzender ist nunmehr Paulander Hausmann aus Wethen, stellvertretende Vorsitzende Rita Küsgen aus Bochum.

Sie lösen Michael Steiner aus Bonn und Diotima Csipai aus Erfde ab, die nach sechs Jahren Mitarbeit im Vorstand nicht wieder kandidierten. Weiterhin gehören dem Vorstand an: Christine Hoffmann (Gießen), Barbara Ruthardt-Horneber (Guggenhausen) und Michael Slaby (Stockholm). Auch in der Geschäftsstelle arbeitet seit kurzem ein ganz neues Team: Anja Becker ist seit Oktober 2006 Geschäftsführende Referentin der OeIEW und Koordinatorin der deutschen Erd-Charta-Initiative als Nachfolgerin des vor einem Jahr verstorbenen Hermann Garritzmann. Ursula Steuber löste als Verwaltungs-Assistentin im Januar 2007 Gisela Drecktrah ab, die nach insgesamt 14 Jahren in Diensten der OeIEW verabschiedet wurde.

Oekumenische Initiative Eine Welt
Mittelstr. 4, 34474 Diemelstadt-Wethen
Tel.: 056 94/1417, www.oew.de

► Kairos Europa



EOEV in Sibiu - Nötig ist Einsatz für eine „Solidarische Ökonomie“

Im Rahmen der in Loccum im November vergangenen Jahres relativ repräsentativ zusammen gekommenen „AG Gerechtigkeit“ wurde das von der Bewegungskategorie und der „Ökumenischen Initiative Eine Welt“ neu herausgestellte Paradigma einer „Solidarischen Ökonomie“ in den Mittelpunkt gestellt. In vielen Ländern ist dieser Wirtschaftssektor mit seinen Projekten längst selbstverständlicher Teil der altermondialistischen Bewegung. Das zeigt sich vor allen Dingen auf den Versammlungen der Weltsozialforen. Zunehmende Verarmung, Massenarbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung einerseits sowie massive Überausbeutung, Leistungsverdichtung, Zeitarmut und Stress auf der anderen Seite prägen indes ohne Zweifel auch das Erwerbsarbeitsleben immer größerer Teile der europäischen Bevölkerung. Prekarität und Armut sind dabei sicher längst auch in der Ökumenischen Bewegung angekommen. Unternehmungen „Solidarischer Ökonomie“, die auf genossenschaftlicher (und eben nicht-gewinnorientierter) Basis dasjenige bearbeiten können, was nicht mindestens 15% Eigenkapitalrendite abwerfen muss, sind auf diesem Hintergrund um so mehr eine Option, die eigenen politischen (Langzeit-)Utopien und das jetzt schon nötige eigene Leben und Arbeiten stärker in Einklang zu bringen. Das schafft Motivation, Lust auf das Herauskratzen aus einer depressiven Grundstimmung, vielleicht auch einen Durchbruch für eine neue Freude an Projekten spiritueller Lebenskunst und inter-religiösem Dialog des Lebens; was im bisherigen Sibiu-Prozess eher fernab der gesellschaftspolitischen Wirklichkeit Europas gefordert wird. Darüber hinaus eröffnet sich in einem finanzmarktgetriebenen „Haifisch-Umfeld“ als alternative gesellschaftliche Nebelperspektive die geradezu heilende Möglichkeit, würdevolle und solidarische Erwerbsarbeit gerade auch für bislang Ausgeschlossene und überflüssig Gemachte zu schaffen und auf unterhöhrende Weise wenigstens einen Teil des furchtbaren Profitmaximierungsdrucks aus dem Funktionieren des Ganzen herauszusaugen. Vorausgesetzt, man ist dazu bereit, sich mit den Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Gruppen aktiv zu verbünden, um die politisch-betriebswirtschaftliche Stabilisierung des Sektors „Solidarischer Ökonomie“ zu erreichen.

Den Private Equity Fonds ist schlicht und einfach ein Verbotsschild vorzuschreiben. Hier muss Sibiu ein klares Stopp-Schild aufstellen und gleichzeitig einen Schritt weiter zur Ermutigung und Ausformulierung positiver Alternativen überlegen: In Bezug auf den Charakter der EU-Verfassung, die Einrichtung eines europäischen Amtes für zivile/konstruktive Konfliktbearbeitung (KEK-Vorschlag), ein nicht-diskriminierendes Recht auf Kriegsdienstverweigerung, gegen die Rückkehr der Atomtechnologie durch die Hintertür der bevorstehenden Klimakatastrophe (Option für Gewaltfreiheit gegenüber der natürlichen Mitwelt) und eben nicht zuletzt in Bezug auf die Revitalisierung einer neu gefassten und aus vergangenen Fehlern zu lernen bereiten Genossenschaftsidee. Genossenschaftliche Übernahmen und eine öffentlich-rechtliche Regie für den Energiesektor stehen dabei für ein Mehr an Partizipation der NutzerInnen. Zugleich ist der gleiche Zugang aller BürgerInnen zu den entsprechenden Dienstleistungen im Blickpunkt. Die Beispiele Spanien, Italien und Portugal, wo die Landesverfassungen entsprechende genossenschaftliche Projekte als bevorzugt förderungswürdig ausweisen, zeigen den Weg. Belegschaftsübernahmen, die aktiv und intensiv Unterstützung, Beratung und Weiterbildung erhalten, können eine heute schon lebbar Alternative für manche ArbeitnehmerInnen werden, in welcher der Keim für ein Arbeiten und Leben ohne die auf Dauer strangulierenden Fesseln global kapitalistischer Regulationsweisen steckt. Damit gelebte Spiritualität, öffentliches Zeugnis und wirtschaftliche Gerechtigkeit zu einem integrierten Profil der Ökumenischen Bewegung werden, wie dies der Vollversammlung des Weltkirchenrates in Porto Alegre im Februar 2006 vor Augen stand.

Peter Schönhöffer (Kairos Europa / Sprecher Ökumenisches Netz in Deutschland), Hegenichstr. 22
69124 Heidelberg, Tel.: 0 62 21/78 11 80 bzw. 71 60 05
info@kairoseuropa.de

um das iranische Atomprogramm weiter zu eskalieren und den wachsenden iranischen Einfluss im Nahen Osten zu brechen. Diese Machtpolitik der USA kommt den Interessen der israelischen Regierung entgegen, die ihrerseits den Iran und Syrien als Bedrohung betrachtet und gegen sie rüstet. Der neue US-Verteidigungsminister Robert Gates verteidigte bei seinem Antrittsbesuch in der Brüsseler NATO-Zentrale die Stationierung von „Patriot“-Abwehrraketen in der Golfregion und die Entsendung eines zweiten Flugzeugträgers mit „der Bedeutung dieser Region für die USA“. Da diese Waffensysteme nicht für den Bodenkrieg im Irak geeignet sind, muss davon ausgegangen werden, dass sie Vorbereitungen für eine Kriegsführung gegen den Iran bzw. Syrien sind. Gleichzeitig drohte Präsident Bush in seiner Rede für eine neue Irak-Strategie damit, „Angriffe aus dem Iran und Syrien gegen US-Truppen zu unterbinden“ und „Waffenlieferungen aus diesen Ländern zu stoppen“. Seriöse wissenschaftliche und journalistische US-Beobachter und Kenner der Regierungspläne verweisen darauf, dass die US-Administration unter George W. Bush für den Fall eines Angriffs auf iranische Atomanlagen weit mehr als einen begrenzten Militärschlag plant, ja sogar einen neuen Krieg riskiert, um eine Vormachtstellung des Iran im Nahen Osten zu verhindern. Pax Christi ist äußerst besorgt über die erneuten Vorbereitungen eines Angriffskrieges gegen ein weiteres Land im Nahen Osten. Pax Christi fordert die Bundesregierung auf, sich von diesem US-Bedrohungsszenario gegen den Iran abzusetzen. Alle Waffenlieferungen nach Nahost müssen gestoppt werden.

pax christi, Sekretariat der deutschen Sektion
Postfach 13 45, 61103 Bad Vilbel, Tel.: 0 61 01 / 20 73
Fax: 6 51 65, sekretariat@paxchristi.de

► Ökumenischer Dienst (OeD) Schalomdiakoniat



Kurse in gewaltfreier Konfliktbearbeitung

Der Ökumenische Dienst Schalomdiakoniat (OeD) lädt herzlich ein zu seinen verschiedenen Kursen in gewaltfreier Konfliktbearbeitung: Im Herbst 2007 beginnen zwei berufsbegleitende Grundkurse mit folgenden Terminen: Grundkurs A in Warburg-Germete: **1.-7. Oktober 2007**; **7.-12. Januar 2008**; **18.-20. April 2008**. Grundkurs B in Rossbach bei Naumburg/Saale (in Kooperation mit dem INKOTA-Netzwerk): **16.-**

► Pax Christi



Keine Vorbereitung eines Angriffskrieges gegen den Iran!

Bereits zu Jahresbeginn haben sich die Hinweise verdichtet, dass die US-Regierung sehr konkrete kriegerische Angriffe auf den Iran plant. Die Neokonservativen um Präsident George W. Bush versuchen offenbar dessen restliche Amtszeit zu nutzen, den Konflikt

18. Nov. 07, 4.–6. Jan. 08, 15.–17. Febr. 08, 14.–16. März 08, 14.–19. April 08

Ein neuer Aufbaukurs beginnt am Wochenende 26.–28. Oktober.

Wochenend-Kurs „Sichtwechsel“

Vom 14.–15. September 2007 bietet der OeD in Paderborn zusammen mit dem Erzbischof Paderborn für LehrerInnen und Mitarbeitende in Pastoral und Gemeinde einen praxisorientierten Einstieg in gewaltfreier Konfliktbearbeitung an.

Oekumenischer Dienst / Schalomdiakonat

Michael Steiner, michael.steiner@schalomdiakonat.de

Kurs-Prospekte und weitere Infos beim OeD

Mittelstr. 4, 34474 Diemelstadt-Wethen

Tel.: 0 56 94 / 80 33, www.schalomdiakonat.de

► KirchenVolksBewegung Wir sind Kirche



Keine Oekumene hinter verschlossenen Türen!

Die katholische „KirchenVolksBewegung Wir sind Kirche“ bedauert sehr, dass zu den Oekumenischen Versammlungen (2006 in Rom, 2007 in Wittenberg und Sibiu/Hermannstadt) fast nur Hauptamtliche der Kirchen und kirchlichen Verbände berufen wurden, die von der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, dem Rat der Evangelischen Kirche Deutschland und anderen Kirchenleitungen ausgesucht wurden. Damit unterscheidet sich die jetzige Oekumenische Versammlung ganz wesentlich von den vom Konziliaren Prozess (Gerechtigkeit Frieden Bewahrung der Schöpfung) inspirierten Vorgängertreffen 1989 in Basel und 1997 in Graz, bei denen die kirchliche Basis in großer Zahl aktiv beteiligt war.

„Die Kirchenleitungen haben leider versucht, den Schwung der oekumenischen Basisbewegungen unter ihre Kontrolle zu bringen“, erklärt Eva-Maria Kiklas (Dresden), Mitglied des Wir sind Kirche-Bundesteams und Präsidiumsmitglied des ersten Oekumenischen Kirchentages 2003 in Berlin. „Über die Oekumene darf aber nicht exklusiv hinter verschlossenen Türen beraten werden! Der Prozess der Oekumene ist zu wichtig, als dass wir ihn nur den von den Kirchenleitungen ausgesuchten und benannten Delegierten überlassen dürfen.“

Die Christen und Christinnen erwarten von den Kirchen Europas, dass sie noch viel intensiver auf die sichtbare Einheit der Kirche Jesu Christi hinwirken, wenn sie Zeichen des Reiches Gottes in der Welt sein wollen.

<http://www.wir-sind-kirche.de/?id=383>

KirchenVolksBewegung. Kontakt: Eva-Maria Kiklas
Dresden, Tel.: 03 51 / 310 33 44, kiklas@wir-sind-kirche.de
Christian Weisner, München, Tel.: 0 81 31 / 26 02 50
presse@wir-sind-Kirche.de, info@wir-sind-kirche.de

► Plädoyer für eine oekumenische Zukunft



„Sehnsüchtig nach anderem Land“

Die oekumeneengagierten Eheleute Simpfendörfer haben viele inspiriert im Kampf für eine erneuerte Christenheit und eine gerechtere Welt. Zehn Jahre nach ihrem Tod werden Freunde und Weggefährtinnen aktuelle Anregungen aus ihrem Lebenswerk mit jungen OekumenikerInnen diskutieren unter der Fragestellung: Was bewegt die Oekumene heute? Dies geschieht bei einer Tagung mit dem Titel: „Sehnsüchtig nach anderem Land“ Oekumenisch leben – Impulse von Elisabeth und Werner Simpfendörfer. Sie findet von 1.–3. Okt. 2007 in der Evang. Akademie Bad Boll statt. Sie wird getragen vom Simpfendörfer-Freundeskreis, „Pro Oekumene“ und dem „Plädoyer für eine oekumenische Zukunft“ in Kooperation mit MEET und anderen. Der Programmwurf ist einsehbar auf der neuen Website des Plädoyer: www.plaedoyer-ecu.de

Junge, oekumenisch interessierte Menschen sind besonders herzlich eingeladen. Ihre Teilnahme soll nicht an den Kosten scheitern.

„Plädoyer für eine oekumenische Zukunft“ –

Geschäftsführung: Werner Gebert, Banweg 14

72131 Ofterdingen, Tel.: 07473/95 98 98, Fax: 95 98 94

cuw.gebert@t-online.de

► ESG



Europäischer Oekumenischer Pilgerweg – „Auf dem Weg nach Sibiu“ vom 9. bis 19. August 2007 von Görlitz nach Wurzen

Dieses Jahr möchte die Evangelische Studierenden Gemeinde zusammen mit der ASF-Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

zu einem Europäischen Oekumenischen Pilgerweg einladen. Der erste Teil des 420 Kilometer langen Oekumenischen Pilgerwegs (Info: www.oekumenischerpilgerweg.de) wird in Sachsen erlaufen. Von Görlitz aus führt der Pilgerweg in zehn Tagen etwa 200 km bis nach Wurzen. Neben wunderschöner, sich langsam verändernder Natur warten auf die Wanderer gastfreundliche Menschen, die eine einfache Behausung bieten und vom Alltag in ihren Orten und Gemeinden erzählen. Mal werden die Pilger im Schloss, mal im Stroh, mal in einem Zisterzienserkloster, öfters in Pfarr-, Privat- und Gasthäusern übernachten. Auf unserem Weg können neue Formen des Tagesrhythmus und gemeinsame Rituale entwickelt und Ruhe und Einfachheit, Freude und Spaß, Natur und Distanzen erlebt werden. Thematisch geht es um zweierlei. Zum einen wird sich die Gruppe mit der Geschichte und kirchlichen Situation der besuchten Orte beschäftigen. Der Wechsel der Perspektiven soll dazu benutzt werden,



sich mit Grenzen zu den Nachbarn in Europa, den innerdeutschen und den eigenen zu beschäftigen. In diesem Zusammenhang wird zum Beispiel das „Netzwerk für Demokratische Kultur“ in Wurzen besucht, das nicht-rechten Jugendlichen eine Plattform für Engagement und Kreativität bietet. Zum anderen versteht sich dieser Pilgerweg als Teil des Wegs zur 3. Europäischen Oekumenischen Versammlung, die im September 2007 in Sibiu, Rumänien, stattfindet (hierzu: www.eea3.org). Die Themen und liturgische Elemente der Versammlung werden aufgegriffen. Willkommen ist jede/r, die/der Offenheit für einen Weg, dessen Ziel er selbst ist, mitbringt und am Gegenüber interessiert ist.

20 Teilnehmende aus Europa bis 26 Jahre. Pilgersprachen sind Deutsch und Englisch. Isomatte und Schlafsack erforderlich. Teilnahmemodalitäten: Entweder nimmt man am gesamten Pilgerweg teil oder an einer Hälfte.

1. Hälfte: 9.–14.8.2007; 2. Hälfte: 14.8.–19.8.2007

Kosten: für den gesamten Pilgerweg (sonst anteilig)

Alte EU, USA, Israel: 100,- EUR (Verdienende: 130,- EUR)

PL, Baltikum, HU, CZ, SLO, SK: 40,- EUR

(Verdienende: 60,- EUR), Ost- und Südosteuropa: 20,- EUR

(Verdienende: 40,- EUR)

Anmeldungen über: ESG Geschäftsstelle

Ulrike Kind/Barbara Hilde, Berliner Str. 69, 13189 Berlin

Tel.: 0 30 / 4 46 73 80, Fax: 44 67 38 20

gs@bundes-esg.de, Anmeldeschluss: 1.6.07 (wer ein

Visum braucht), 1.7.07 (wer kein Visum braucht)

Oekumenische Netze im Konziliaren Prozess

Der OEKUMENISCHE INFORMATIONSDIENST bietet unter anderem den hier aufgeführten oekumenischen Netzen eine Austauschplattform.

Baden

Oekumenisches Netz Baden

Wolfgang Lenssen, Köndringer Str. 10
D-79331 Teningen-Heimbach
Tel.: 0 76 41 / 57 32 80 (p)
Tel.: 0 76 41 / 4 13 35 (d)

Bayern

Oekumenisches Netz in Bayern

c/o H. H. Willberg
Mühlbachweg 13
D-90559 Burghann
Tel.: 0 91 83 / 95 00 39

Berlin

Oekumenischer Rat Berlin-Brandenburg

Oekumenisch-Missionarisches Institut
Gierkeplatz 2-4, D-10585 Berlin
Tel.: 0 30 / 3 42 10 00
Fax: 0 30 / 3 42 10 11

INKOTA

Greifswalder Str. 33 a, D-10405 Berlin
Tel.: 0 30 / 4 28 91 11
Fax: 0 30 / 4 28 91 12

Bremen

Oekumenische Initiative Bremen

in forum Kirche
Holler Allee 75, D-28209 Bremen
Tel.: 04 21 / 3 46 15-36
Fax: 04 21 / 3 46 15-38

Hamburg

Solidarische Kirche in Nordelbien

Heike Schoon c/o Pauluskirche Altona
Bei der Pauluskirche 1, D-22769 Hamburg
Tel./Fax: 0 48 64 / 7 04

Hessen

Oekumenisches Netz Nord- und Osthessen

c/o Pfr. Reiner Weiß
Obere Sommerbachstr. 8
D-34225 Baunatal
Tel.: 0 56 01 / 84 35

Niedersachsen

Oekumenisches Netz in Niedersachsen

Gerhild Kramer, Wellenser Str. 14
D-37586 Dassel, Tel.: 0 55 62 / 67 94

Oldenburg

Oekumenisches Zentrum Oldenburg e.V.

Kleine Kirchstr. 12, D-26122 Oldenburg
Tel./Fax: 04 41 / 2 48 95 24

Pfalz

Arbeitsstelle Friedensdienst der Ev. Kirche der Pfalz

Referat Konziliarer Prozess
Eberhard Dittus
Große Himmelsgasse 3, D-67346 Speyer
Tel.: 0 62 32 / 67 15 17
Fax: 0 62 32 / 67 15 67

Rhein-Mosel-Eifel-Hunsrück-Westerwald

Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar

Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1
D-56564 Neuwied
Tel.: 0 26 31 / 35 41 40
Fax: 0 26 31 / 35 41 41

Rheinland

Oekumenischer Trägerkreis Rheinland

c/o Wiebke Naumann, Zeughausstr. 7
D-53721 Siegburg
Tel.: 0 22 41 / 6 76 01
Fax: 0 22 41 / 95 97 93

Oekumenisches Netz Mittelrhein e.V.

Erhard Dischler
Immermannstr. 7, D-41516 Grevenbroich
Tel.: 0 21 82 / 25 90
Fax: 0 21 82 / 27 45

Solidarische Kirche im Rheinland Kirchliche Bruderschaft

c/o Erika Franze-Haugg, Mozartstr. 9
D-45578 Mühlheim a. d. Ruhr
Tel.: 02 08 / 59 30 23

Oekumenisches Forum im Rheinland

Lohstr. 132, D-46047 Oberhausen

Sachsen-Anhalt

Arbeitsstelle Eine Welt

Pfr. J.-H. Witzel, Leibnizstr. 4
D-39104 Magdeburg
Tel.: 03 91 / 53 46-493
Fax: 03 91 / 53 46-490

Sachsen

Oekumenisches Informationszentrum Dresden

Elisabeth Naendorf, Kreuzstr. 7
D-01067 Dresden
Tel.: 03 51 / 492 33 68
Fax.: 03 51 / 492 33 60
oekumene@infozentrum-dresden.de

Westfalen

Oekumenisches Netz in Westfalen

MÖWe, Horst Hoffmann, Olpe 35
D-44135 Dortmund
Tel.: 02 31 / 54 09-73
Fax: 02 31 / 54 09-21

Solidarische Kirche Westfalen-Lippe

Michael Nelson, Ostberger Str. 26
D-58239 Schwerte, Tel.: 0 23 04 / 1 58 50

Württemberg

Oekumenisches Netz Württemberg

Johanna Moltmann-Hermann
Riedhöfe 2, D-88410 Bad Wurzach
Tel./Fax: 0 75 64 / 44 79

Oekumenisches Netz in Deutschland

c/o Michael Held, Simon-Haune-Str. 15
D-36251 Bad Hersfeld
Tel.: 0 66 21 / 62 01 86, Fax: -6 56 45

Fördermitgliedschaft bei der Stiftung Oekumene

Fördermitglieder können Einzelpersonen, Gruppen, Gemeinden oder Pfarrämter werden. Jedes Fördermitglied erhält regelmäßig den OEKUMENISCHEN INFORMATIONSDIENST sowie dessen Sonderdokumentationen. Weitere Materialien werden umsonst oder mit Rabatt angeboten. Über den Förderbeitrag (abzüglich der Gebühr für den Informationsdienst) wird eine abzugsfähige Spendenquittung ausgestellt. Der monatliche Mindestbeitrag liegt bei 5,- Euro.

Stiftung Oekumene
Konto 100 008
BLZ 500 502 01
bei der Frankfurter Sparkasse

IMPRESSUM

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST

Gegründet 1982 – Erscheint vierteljährlich

Herausgeber und Verleger:

Stiftung Oekumene.
Verantwortlich:
Ulrich Schmitthenner
Lindenspürstr. 30, 70176 Stuttgart

Bei der Redaktion dieser Ausgabe wirkten mit:

Werner Gebert, Tübingen/Ofterdingen
Ulrich Schmitthenner, Stuttgart
Rainer Zimmer-Winkel, Jerusalem

Gestaltung:

Karl H. Thiel, Offenbach/Main

Druck:

Knotenpunkt Offsetdruck
Beller Weg 6, 56290 Buch

Konto: Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01, Kto.-Nr. 100 008

HINWEIS:

Der Oekumenische Informationsdienst erscheint mit freundlicher Förderung der Evangelischen Kirche in Deutschland